



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XVII/62 - 15. März 1962

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 2 18 31 - 33
Fernschreiber 0 866 890

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1 - 2

Zur rechten Zeit mit richtiger Ziel
Die Einsetzung des Fibag-Ausschusses

61

Von Karl Wittrock, MdB

3

Hohes Besuch in der Bundesrepublik
Wer ist eigentlich dieser "Präsident Rosenberg"?

45

4 - 5

Pankows Spekulation mit den Katholiken
Verstärkte Bemühungen des SED-Regimes

74

6 - 7

"Die blutenden Grenzen Asiens" (XVI)

99

Bitterer Reise in Indien
Wohin treibt der zweitgrößte Staat der Erde ?

Von Erwin Erasmus Koch

* * * *

* * *

Verantwortlich: Günter Markscheffel

Zur rechten Zeit mit richtigem Ziel

Die Einsetzung des Fibag-Ausschusses

Von Karl Wittrock, MdB

Es wird einen Untersuchungsausschuss zur Klärung der Frage geben, ob Bundesverteidigungsminister Strauß durch seine Unterstützung des Architekten Schloß in der Fibag-Angelegenheit seine Dienstpflichten verletzt und ob er eine Anfrage der SPD in der vergangenen Wahlperiode falsch beantwortet hat. Dies ergibt sich aus dem von der SPD-Fraktion jetzt gestellten Antrag auf Einsetzung eines derartigen Ausschusses.

Warum nicht schon eher?

Gelegentlich ist gefragt worden, ob nicht längst ein solcher Ausschuss hätte eingesetzt werden müssen. Die Antwort auf diese Frage kann nur ein klares Nein sein. Bei dieser Fragestellung ist es töricht, der SPD zu unterstellen, taktische Rücksichten seien der Grund für das vermeintliche Zögern bei der Antragstellung gewesen. Die Tatsache, daß gerade jetzt und nicht zu einem früheren Zeitpunkt der erwähnte SPD-Antrag gestellt worden ist, erklärt sich ganz einfach. Jedermann wußte, daß die öffentlich aufgestellten Behauptungen über die Fibag-Affäre und die mögliche Beteiligung des Bundesministers Strauß zu gerichtlichen Verfahren geführt hatten. Es war von Anfang an selbstverständlich, daß zunächst abgewartet werden mußte, ob und in welchem Maße diese gerichtlichen Verfahren und insbesondere die richterliche Beweisaufnahme zu einer Klärung der Zusammenhänge beitragen könnten.

Untersuchungsausschuß als "ultima ratio"

Die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses des Bundestages nach Art. 44 des Grundgesetzes muß ultima ratio sein. Die Wirksamkeit und die Tätigkeit eines solchen Ausschusses, der mit den in der Strafprozeßordnung vorgesehenen Möglichkeiten Beweiserhebungen durchführen kann, ist ein scharfes Schwert des Parlamentes und insbesondere der parlamentarischen Minderheit, also der Opposition, bei der Ausübung der Kontrolle über die Regierung. Dieses Schwert muß scharf bleiben; es würde stumpf werden, wenn es nicht erst und allein nach Ausschöpfung aller sonstigen Gegebenheiten unserer rechtsstaatlichen Ordnung eingesetzt wird.

Aufgabe der parlamentarischen Kontrolle

Deshalb war jetzt der richtige Zeitpunkt gekommen, die Einsetzung des Untersuchungsausschusses zu verlangen. Das Nürnberger Verfahren Strauß ./.. Spiegel hat gezeigt, wie weit die Möglichkeiten der richterlichen Aufklärung gehen und wo der Bereich beginnt, in dem allein das Parlament Klarheit schaffen kann.

Mit Recht und mit zutreffender Würdigung des Prinzips der Gewaltentrennung hat das Nürnberger Gericht betont, daß es nicht der richterlichen, sondern der parlamentarischen Kontrolle überlassen bleiben muß, ob und inwieweit der Minister durch sein konkretes Verhalten zugunsten des Herrn Schloß seine Dienstpflichten verletzt hat.

Genau in diesen Bereich greift das Untersuchungsthema ein, das nach dem SPD-Antrag dem künftigen Untersuchungsausschuß gestellt sein wird. Dabei sind die Beweisführungen und die in Betracht kommenden Beweismittel eindeutig bestimmt oder bestimmbar. Zu diesen Beweismitteln wird nach dem Untersuchungsthema nicht jener merkwürdige Passauer Verleger zu gehören brauchen, dessen Glaubwürdigkeit mit richterlicher Autorität bereits verneint worden ist.

"Fall Fibag ./.. Strauß" wurde Politikum

Ein erheblicher Teil der in Betracht kommenden Zeugen werden Beamte sein. Die Bundesregierung wäre gut beraten, wenn sie alles täte, um beschleunigt die nach den beamtenrechtlichen Vorschriften notwendigen Aussagegenehmigungen zu erteilen. Der Untersuchungsausschuß muß nämlich schnell an die Arbeit gehen. Er muß auch schnell seine Arbeiten abschließen können. Dies sollte das gemeinsame Interesse aller Beteiligten sein.

Die starke Beachtung der Vorgänge um die Fibag und um den Minister Strauß im In- und Ausland haben den Fall Fibag/Strauß zu einem Politikum werden lassen. Es ist deshalb auch ein politisches Gebot, jetzt schnell das aufzuklären, was die sozialdemokratische Bundestagsfraktion mit ihrem Verlangen auf Einsetzung des Untersuchungsausschusses aufklären will.

Hoher Besuch in der Bundesrepublik

Wer ist eigentlich dieser "Präsident Rosenberg" ?

sp - Die Bundesrepublik macht sich. Hohe und höchste Persönlichkeiten statten ihr gelegentlich einen Besuch ab, und das "BULLETIN" des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung nimmt dann auch jedes Mal gebührende Kenntnis davon. Am 15. März 1962 hat sich besagtes "BULLETIN" sogar in beträchtliche Unkosten gestürzt. Da liest man unter anderem auf der ersten Seite:

"Präsident Rosenberg besuchte die Bundesrepublik

Der Bundesminister für Wirtschaft teilt mit: Der Präsident des Wirtschafts- und Sozialausschusses der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Europäischen Atomgemeinschaft, Ludwig Rosenberg, stattete am 8. und 9. März 1962 der Bundesregierung einen offiziellen Besuch ab. Er wurde vom Bundeskanzler, den Bundesministern für Wirtschaft sowie für Arbeit und Sozialordnung und vom Staatssekretär Lehr in Vertretung des Ministers des Auswärtigen empfangen. Der Bundesminister für Wirtschaft gab zu Ehren des Gastes ein Frühstück. Präsident L. Rosenberg war von Generalsekretär des Wirtschafts- und Sozialausschusses, Genton, dem Abteilungsleiter Dr. Schmitz und seinem persönlichen Referenten, Dr. Schlieder, begleitet. Präsident Rosenberg gab seinerseits einen Empfang und hielt eine Pressekonferenz ab.

Der Besuch gab Gelegenheit zur Erörterung verschiedener Fragen, die sich aus der bisherigen Tätigkeit des Wirtschafts- und Sozialausschusses ergaben, wie die Möglichkeiten einer umfassenden Orientierung der Mitglieder des Ausschusses, dessen Arbeiterhythmus, Kontaktmöglichkeiten zu den Organen der Gemeinschaften, Arbeitsweise und innere Gliederung des Ausschusses. Es bestand Einigkeit darüber, die Arbeiten des Ausschusses so wirkungsvoll wie möglich zu gestalten."

Es liebe das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung! Nun weiss jeder, der ihr "BULLETIN" liest, wofür hervorragende Gäste unsere hochwachtelöbliche Regierung empfängt.

Aber - Rosenberg? Rosenberg? - Der Name hat man doch in der Bundesrepublik schon oft gehört!? Sollte es sich etwa bei Präsident Ludwig Rosenberg um den

stellvertretenden Vorsitzenden des Deutschen Gewerkschaftsbundes

handeln? Nicht möglich, denn sonst hätte das "BULLETIN" gewiss davon Notiz genommen.

Kenner des Amtes meinen jedoch, dieser Rosenberg, der die Bundesrepublik besuchte, sei ein ganz anderer Rosenberg, und es wäre u n -
n ö g l i c h , dass unser Presse- und Informationsamt den Abonnenten des "BULLETIN" verschweigt, wofür grosser Achtung sich der Deutsche Gewerkschaftsbund in der internationalen Öffentlichkeit erfreut. So etwas gibt es nicht und w e n n es das gäbe, dann würde das "BULLETIN" seine Leser entsprechend aufklären. Zum Nutzen und Frommen aller Mitmenschen.

15. März 1962

Pankows Spekulation mit den Katholiken

z.B. - Seitdem die kommunistische "Nationale Front" der Sowjetzone im Herbst 1961 den Beschluss fasste, sich in erster Linie mit den Kreisen des "bürgerlichen Mittelstandes" zu befassen, hat die Sowjetzonen-CDU nichts unversucht gelassen, auch die Katholiken der Zone im Sinne der SED-Politik anzusprechen. Immerhin gibt es in dem Gebiet östlich der Elbe rund zwei Millionen Bürger, die der katholischen Kirche angehören. Sie vor den Karren der SED-Politik zu spannen, muss für Pankow ein durchaus lohnenswertes Ziel sein.

Nach den Erfahrungen, die die CDU im Auftrag der SED mit gewissen Kreisen der evangelischen Zonenbürger, aber auch einem kleinen Kreis von evangelischen Pfarrern machen konnte, die in dem von der SED gesteuerten "Evangelischen Pfarrernbund" organisiert sind, wurde der Versuch unternommen, auch in die Reihen der katholischen Zonenbürger eine Bresche zu schlagen.

Wenn in den ersten Märztagen die Pankower CDU auf ihrer Hauptversammlung in Leipzig das Vorstandsmitglied Dr. Gerhard Desczyk vorschickte, um auch die "katholischen Mitbürger" anzusprechen, so stellt dieser Appell lediglich eine Fortsetzung von Bemühungen dar, die seit dem "Dekret über christlicher Bürger zum Arbeiterstaat" vom 9. Februar 1961 immer wieder auch gegenüber katholischen Zonenbürgern unternommen worden sind. Es fanden, von der Zonen-CDU geschickt gelenkt, "Katholiken-Tagungen" in Dresden, Cottbus, Görlitz und zuletzt in Halle statt, die alle das Ziel verfolgten, auch die katholischen Bevölkerungsschichten für eine Unterstützung des Ulbricht-Regimes zu gewinnen.

Auf der zentralen Katholiken-Tagung in Halle hatte als Hauptsprecher der Chefarzt der Bergbau-Poliklinik Schwarzenberg, Dr. Karwath, als geschickter Propagandist von der "garantierter Freiheit" der katholischen Zonenbürger gesprochen. In einer Entschliessung dieser Katholikentagung wurde die Behauptung aufgestellt, "die Katholiken der DDR praktizierten Freiheit und Selbstbestimmung, indem sie als religiöse Minderheit gleichberechtigt an der Stärkung des Staates mitarbeiten. Das ist die Selbstbestimmung der Katholiken - das ist ihre Freiheit".

Auf der Leipziger Veranstaltung des CDU-Hauptvorstandes Anfang März versuchte der CDU-Funktionär Dr. Desczyk die Hallenser Entschliessung, die im krassen Widerspruch zu der wirklichen Lage in der Zone steht, durch den Hinweis zu unterstützen, heute sei auch in den Kreisen des katholischen Klerus der Zone eine deutliche "Manifestation des guten Willens" gegenüber der Sowjetzonenregierung festzustellen.

Von seinen Pankows wurde bereits seit Oktober 1962 alles getan, um die Infiltrierung der Zonen-Katholiken in jeder Weise zu unterstützen. Es wurde eine Monatszeitschrift "Begegnung" für die Zonen-Katholiken herausgegeben, deren Finanzierungsquellen bisher nicht bekanntgegeben wurden. Da ohne Zweifel die katholische Kirche selbst mit dieser Publikation nichts zu tun hat, muss angenommen werden, dass die kommunistische "Nationale Front" oder auch die SED selbst hinter dieser Zeitschrift steht, die ähnlich wie das "Evangelische Pfarrerblatt" die Ziele der SED mehr oder weniger offen unterstützt.

Pankow versucht auch, in anderer Weise die Katholiken für seine Zwecke auszunutzen. Dr. Desczyk apostrophierte sicher nicht zufällig in Leipzig den Umstand, dass der neue katholische Bischof von Berlin, Dr. Bengsch, seinen Sitz im Ostsektor der Stadt hat; statt sich wie sein Vorgänger in Westberlin niederzulassen, als ein günstiges Anzeichen für eine "positive Entwicklung der Beziehungen zwischen den katholischen Bischöfen und den leitenden Stellen der DDR". Wenn zur gleichen Zeit dem Verweser des Bischofsamtes der "Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg", dem Leiter der EKID, Präses Scharf, nach wie vor jeder Besuch in Ostberlin verweigert wird und wenn die in diesen Tagen zusammengetretene Synode dieser Kirche gezwungen ist, in Ost- und Westberlin Separattagungen durchzuführen, weil Pankow eine gemeinsame Tagung nicht zulässt, muss die von der SED dem katholischen Bischof in Berlin gewährte Bewegungsfreiheit zwischen dem Ost- und Westteil der Stadt als ein durchsichtiges Manöver der Kommunisten betrachtet werden.

Es besteht kein Zweifel, Pankow versucht, Katholiken und Evangelische in der Zone gegeneinander auszuspielen. Umso notwendiger wäre eine Erklärung verantwortlicher Stellen der katholischen Kirche, die auf die Anliederungsversuche Pankows gegenüber den Katholiken der Zone eine eindeutige Antwort gibt.

SED und Zonen-CDU glauben offenbar, gegenüber den Katholiken der Zone ein verhältnismässig leichtes Spiel zu haben. Ein grosser Teil der katholischen Zonenbevölkerung, der erst nach 1945 aus den Gebieten östlich der Oder und Neisse in die Zone gekommen ist, hat durch den Krieg alles verloren. Wenn Dr. Desczyk in Leipzig diese Kreise mit dem Hinweis anspricht, dass die Adenauer-Regierung seit 1949 die auf dem 73. Katholikentag im Jahre 1949 erhobenen sozialpolitischen Forderungen in ihr Gegenteil verkehrt hat, kann man klar erkennen, in welche Richtung die Spekulationen des Zonenregimes gehen.

"Die blutenden Grenzen Asiens" (KV)

Bitterer Reis in Indien

Wohin weicht der zweitgrößte Staat der Erde?

Von Erwin Erasmus Kock

Calcutta, März 1962

Indien muss mehr als jeder andere Staat der Welt ungewöhnliche Probleme meistern. Dazu zählt die ungeheure Zahl der Menschen, die ohne oder zumindest ohne geregelten Erwerb sind, dazu zählen die Millionen und aber Millionen Dörfer, deren wirtschaftliche Grundlagen in vierzehnhundert Jahren der Kolonialisierung zerstört wurden, aber vor allem drängt der Bevölkerungszuwachs zu einem "cut off", zum gewaltsamen Abstrich. Die Bevölkerungszahl stieg seit 1956 von rund 380 Millionen auf 465 Millionen Menschen. Sie dürfte um 1970 bereits 500 Millionen erheblich übersteigen, wenn nicht dieser Abstrich erfolgt. Vielleicht könnte der Subkontinent Asiens eine Milliarde Bewohner ernähren, sofern die agrarischen Möglichkeiten wirklich genutzt würden. Warum jedoch über eine Hypothese nachsinnen, für deren Realisierung vielleicht nach Ablauf und Erfüllung von zehn Zehnjahresplänen erst die Voraussetzungen geschaffen sein werden? In der Gegenwart und nahen Zukunft bestehen sie einfach nicht. Aller geplante "Strukturwandel" der Dörfer, die erforderlichen vielfältigen Reformen lassen sich, als seien sie kinderleicht. Aber sie sind heute wie vor 15 Jahren, zur Zeit des Beginns der "independance" unbewältigt. Der Erzwang der politischen Unabhängigkeit folgte keinesfalls die Befreiung von drückender Not; Jawaharlal Nehru führte sie trotz bereits geleisteten Dollar-Milliarden an Entwicklungshilfen nicht herbei. Man bedenke dabei, dass allein im gegenwärtigen dritten Fünfjahresplan ein Gesamtbedarf für 23 Milliarden DM zu Buche steht. Die Inder umschreiben den Begriff mit "Auslandskrediten".

Ungezählte Millionen ohne Verdienst

Nur fiel in Calcutta eine Statistik des Innenministeriums in die Hände; sie bringt klar zum Ausdruck, dass die Bevölkerung Indiens täglich um 20 000 Neugeborene - im Überhang zur Sterblichkeit - wächst. Da sich Nehru seit Goa anmassend und überheblich gebärdet, erscheint es angebracht, seine "Erfolge" ins rechte Licht zu rücken. Auf diese Weise lernt der Westen die nackte indische Wirklichkeit im Gegensatz zu den amtlichen Verschönerungsversuchen kennen. Wir sollten auch nicht vergessen, dass der grosse Nachbar im Norden, die Volksrepublik China, in ihr Kalkül seit langem den Zusammenbruch der aufgeblähten indischen Wirtschaft einbezogen hat. Tatsächlich treibt Indien, die Republik Bharat, nicht erst in eine Krise. Sie ist vielmehr bereits akut geworden. Indien hat ungefähr 70 Millionen Familien. Knapp ein halbes Prozent davon, drei Millionen, verdienen wahr als 250 Rupies (rund 200 DM) im Monat. Im statistischen Durchschnitt erreichen die Inder je Kopf etwa 15 Rupies, also 10 DM, monatliches Einkommen; was bedeutet, dass ungezählte Millionen überhaupt nichts verdienen. Ihnen stehen einige Zehntausend Millionäre und Supermillionäre gegenüber. 25 Millionen Familien können ein Leben lang weder Milch noch Milchprodukte geniessen. Sie können sich ebenfalls niemals auch nur ein Pfund Zucker oder Fleisch leisten. Sie leben von bitterem Reis.

Knapp 1 Prozent in der Industrie

Von jenen abgesehen, die Jahr für Jahr Hungers sterben, bleibt der durchschnittliche Ernährungssatz für die überwiegende Mehrzahl der Inder täglich auf 1 500 bis 1 700 Kalorien je Tag bestehen. Die gesundheitliche Betreuung kennzeichnet die Tatsache, dass auf je 30 000 Inder ein Arzt kommt. Von 465 Millionen Menschen fand knapp ein Prozent in der Industrie eine absolut unzureichend entlohnte Beschäftigung. 150 bis 200 Millionen zählen (unter Einschluss der Familienangehörigen) zu den Erwerbslosen. Etwa 80 Millionen Familienväter haben keine Arbeit. Das alles sind Zahlen, die nicht auf genauen statistischen Erhebungen beruhen; aber die indische Wirklichkeit ist noch weit erbärmlicher. Der Augenschein zeigt es.

Pferd am Schwanz aufgezümt?

Wie war diese Entwicklung möglich? Ich sprach mit einem amerikanischen Nationalökonom, der im Zuge der Entwicklungshilfe der Vereinigten Staaten die Struktur der indischen Wirtschaft untersuchte. Nehru hat das Pferd vom Schwanz aufgezümt. Seine Wirtschaftspolitik besteht aus einer Fülle von Widersprüchen. Statt mit der Einführung der Schulpflicht und also mit dem umfassenden Aufbau des Elementarunterrichts zu beginnen, legte der "Lok Sabha", das Parlament, das Schwergewicht der Planung auf eine überdimensionalen Förderung der Schwerindustrie. Es zeigte sich, dass die aufgewendeten Kosten für den Bau eines einzigen Stahlwerks doppelt so hoch waren wie der gesamte Aufwand für den Elementarunterricht. Vier Fünftel der Bevölkerung vegetieren als Analphabeten dahin. Niedrig, völlig unzureichend blieben bisher die der Landwirtschaft zur Hebung ihres Niveaus zugeleiteten Mittel. Was beispielsweise für die Bewässerung oder die Versorgung mit Kunstdünger getan wurde, entsprach bei weitem nicht dem Möglichen, vom Notwendigen ganz zu schweigen. Weiter versuchte Nehru, das Rad der Geschichte zurückzudrehen, indem er zur Subventionierung der mittelalterlichen Heimarbeit in Laufe seiner Fünfjahrespläne Milliarden mehr oder weniger vergeudete.

Urteil eines US-Ökonomen

Insgesamt übernahm die indische Regierung immer mehr Funktionen, die nichts mit der Verbesserung des Lebensstandards der Bevölkerung zu tun hatten. Sie betrieb und führte eine verfehlte Staatswirtschaft. Eine umfassende Kontrolle des Einzelnen und der Unternehmungen stellt ihr grosses bürokratisches Ziel dar. Der erwähnte amerikanische Nationalökonom fasst seine Kritik in diesem Satz zusammen: "Indien eifert - vielleicht unbewusst - Modellen der kommunistischen Welt nach." Was wirklich erforderlich ist, lässt sich aus dem Dargelegten leicht folgern: Die nachdrücklich betriebene Beseitigung des Analphabetentums, die dem Aufbau der Schwerindustrie vorangehende Schaffung einer Ernährungsbasis des Volkes in seiner Landwirtschaft, eine gemässigte Industrielleistung, die dann auch keinen dekretierten Kapazitätsbeschränkungen einzelner Werke unterliegt, der Ausbau der unzureichenden Verkehrswege, des Nachrichtenwesens, der Gesundheitsfürsorge und eine wirksame Geburtenbeschränkung. Wenn dabei auch eine dra andere greift, so wird Indien, jedenfalls mit der Fortsetzung seiner potenzierten Förderung der Schwerindustrie und der eindeutigen Vernachlässigung aller anderen Dinge auf die Dauer einer untragbaren Defizitfinanzierung entgegengetrieben. Jegliche Finanzhilfe des Westens wäre damit vergeudet. Der Amerikaner drückte es so aus: "Man muss wünschen, dass sich Indien vom forcierten Aufbau einer Industriewirtschaft abwendet. Die Wirtschaft darf allein und muss unmittelbar dem Wohl der Massen des zweitgrößten Staates der Erde dienen."